

## Gender und die UN-Millenniumsziele

Sechs Jahre nach der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen und elf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 nimmt die Feminisierung der Armut zu. Dabei ist die Bekämpfung der absoluten Armut oberstes Ziel der UN-Organisationen. Die Stimmen der Frauen werden überhört. Gerade neun der 191 UN-Staaten haben eine Regierungs- oder Staatschefin, in den Top-Etagen von Wirtschafts- und Finanzen sind Frauen nicht zu Hause, nur 10% der Management-Posten sind weltweit in Frauenhand. Dabei machen Frauen mehr als die Hälfte der Menschheit aus. Die Geschlechtergerechtigkeit, die die Millenniumsziele der Vereinten Nationen versprechen, bleibt aber aus. Sie wird von den meisten Staaten in ihren Berichten zu den Millenniumszielen nur pflichtgemäß erwähnt, ohne dass eine aktive Orientierung der Entwicklungszusammenarbeit zu Ziel 3 der Millenniumsziele zu erkennen ist: „die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, besonders im Bereich der Ausbildung“. Auch die Vereinten Nationen lassen konkrete Umsetzungsstrategien zur Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung vermissen. Dabei machen Frauen und Kinder über 70% der 1,2 Milliarden Armen aus, die von 1US\$ pro Tag leben müssen, dabei stellen Frauen 2/3 aller Analphabeten und schon über die Hälfte der HIV/Aids-Infizierten.

Theoretisch ergänzen sich die Aktionsplattform von Peking und die Millenniumsziele. Beide Konzepte, die auch Teil der europäischen Chancengleichheitspolitik sind, ergänzen sich über das Gendermainstreaming, die Geschlechtergerechtigkeit und die gezielte Frauenförderung. Die reale Welt der Frauen haben sie nicht verändert. Dabei ist die Doppelstrategie der Frauenförderung und des Gender Mainstreamings richtig. Die Stärkung der Frauen und ihre Förderung sind ein zentrales Thema, wenn die Feminisierung der Armut beendet werden soll. Es bedarf aber auch des Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen, vor allem in der Steuer- und Handelspolitik, in der Wirtschaftspolitik, im Staatshaushalt und in allen Institutionen. Die nordischen Staaten sind hier weltweit Vorbild. Sie nutzen die Politik der Chancengleichheit aber auch zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Sie demonstrieren, dass sie genauso wettbewerbsfähig sein können wie die USA, obwohl sie auf einen starken Staat, hohe Steuern und leistungsfähige soziale Dienstleistungen setzen. In der weltweiten Gender-Statistik stehen sie auf den ersten Plätzen.

## **Das Konzept von Gender-Mainstreaming**

Die Aktionsplattform von Peking stellt fest, dass:

- Frauenrechte Menschenrechte sind,
- Geschlechtergerechtigkeit ein konstituierendes Element von Demokratie und eine Grundvoraussetzung für soziale und ökologisch gerechte Entwicklungen ist,
- alle Länder sich zu systematischer und staatlicher Frauen- und Geschlechterpolitik verpflichten.

Mit der Weltfrauenkonferenz von Peking wurde das Gender-Mainstreaming erstmals in die internationale Politik eingeführt. Damit wurde anerkannt, dass Geschlechterrollen und -verhältnisse in soziale, politische, ökonomische und kulturelle Kontexte eingebettet sind, in ihrer sozialen Bedingtheit einem ständigen Wandel unterliegen und veränderbar sind. Mit dem Instrument des Gender Mainstreaming sollen staatliche Institutionen, internationale Organisationen und Unternehmen stereotype Geschlechterrollen im privaten wie im öffentlichen Raum hinterfragen und im emanzipatorischen Sinne verändern. Der Abbau von Ungleichheit und undemokratischen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern ist folglich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

## **11 Jahre Weltfrauenkonferenz in Peking**

Die Konferenz Peking +10 im Februar 2005 unterstrich, dass die Durchsetzung der Geschlechtergleichheit und die Stärkung der Frauenrechte grundlegende Voraussetzung für den Erfolg aller Politikmaßnahmen sind. Jedes Zurückfallen hinter die Vereinbarungen zur Pekinger Aktionsplattform wäre ein dramatischer Rückschritt für die Frauen, aber auch für die Verwirklichung der Millenniumsziele gewesen. Insofern war die lapidare Beschlussfassung, dass an der Peking-Aktionsplattform festgehalten wird, angesichts der fundamentalistischen Tendenzen weltweit ein Fortschritt. Die Beschlüsse sind zentral für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und dürfen nicht durch die weiteren Ziele der Millenniumsrunde verwässert werden. Armutsbekämpfung war in der Aktionsplattform von Peking oberstes Ziel. Allerdings hatten die Armutsprogramme nur sehr begrenzte Effekte. Lediglich in Ländern Asiens wie China und Vietnam konnte die Feminisierung der Armut eingedämmt werden. Frauen bleiben gefährdet, auch weil sie 60% der „working poor“ stellen (ILO).

Zehn Jahre Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 erinnern daran, was alles seit dem Internationalen Jahr der Frau 1975 erreicht worden ist. In Mexiko City wurde die Welt erstmals auf die Diskriminierung und nicht haltbare Marginalisierung der Frauen aufmerksam, realisierte, dass Frauen ihrer Rechte beraubt waren, nicht teilhatten an Entwicklungs- und Friedensprozessen. Dieses Band einigte die Frauen aus Nord und Süd, Ost und West.

In Kopenhagen 1980 wurden die Anliegen der Frauen konkret: Es ging um Arbeitsplätze, Bildung, Eigentumsrechte, aber auch um Frauenrechte und die UNO-Konvention gegen jegliche Diskriminierung. Es ging um Frieden. Es ging auch um Spannungen zwischen der Ersten und Dritten Welt. Die Nairobi-Weltfrauenkonferenz 1985 war eine Konferenz voll ansteckender Fröhlichkeit, Macht- und Selbstbewusstsein und Aufbruch über Partizipationsstrategien auf allen Ebenen und in allen Gebieten: „Frauen können alles“ war die Botschaft. Die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 machte nicht Halt bei Strategien gegen Diskriminierung und für Gleichstellung, sondern war ein einziges Plädoyer für die Integration der Frauen in alle Entscheidungsprozesse. Die Regierungen akzeptierten neben der Frauenförderung das Gender-Mainstreaming als Strategie. Die Aktionsplattform von Peking macht klar, wie wichtig Fortschritte in allen 12 Aktionsfeldern sind. Schließlich sollten sich die Lebensbedingungen von Frauen positiv verändern.

Zu Recht wurde nicht zu einer neuen Weltfrauenkonferenz eingeladen. Zu stark waren und sind fundamentalistische Tendenzen in vielen Regionen, Religionen und Kulturen dieser Welt und gefährden damit Frauenrechte und frauenpolitische Fortschritte.

### **Bescheidene Erfolge**

Elf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking ist die Aktionsplattform von 1995 so aktuell wie damals. Die Kapitel Frauen und Armut, Bildung und Ausbildung von Frauen, Frauen und Gesundheit, Gewalt gegen Frauen, Frauen und bewaffnete Konflikte, die Frau in der Wirtschaft, Frauen in Machtpositionen, Institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau, Menschenrecht der Frauen, Frauen und die Medien, Frauen und die Umwelt und Mädchen wurden von der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen bestätigt. Die konkrete Umsetzung wurde eingefordert und von der UN-Vollversammlung erneut beschlossen. Bescheidene Erfolge sind zu verzeichnen:

1. Eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen ist wesentlich für Geschlechtergleichstellung und Geschlechterdemokratie und war daher von großer Bedeutung als Thema der Weltfrauenkonferenzen, von 11% auf 16% stieg der Frauenanteil in den Parlamenten. In fast allen Regierungen gibt es immerhin eine Frau. Es gibt mehr Frauen in politischen Führungsfunktionen, aber ihr Anteil und Einfluss bleibt marginal.
2. Gendermainstreaming ist als Prinzip durchgesetzt, in UN-Mitgliedstaaten und Internationalen Organisationen, auch in Programmen und Aktionen.

3. Genderbudgeting ist als Prinzip in 49 UN-Mitgliedstaaten eingeführt.
4. Gleichstellungserfolge zeigen sich vor allem im Familien- und Erbrecht, beim Eigentumserwerb, im Bildungswesen.
5. Gewalt gegen Frauen wird weltweit stärker unter Strafe gestellt, auch die Vergewaltigung in der Ehe. Die Gewalt gegen Frauen wird weitgehend als gesellschaftliche Herausforderung betrachtet und in allen ihren Formen unter Strafe gestellt. Beispiele: selbst Vergewaltigung in der Ehe ist nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Lateinamerika unter Strafe gestellt. Sexuelle Verstümmelung wird nicht nur im Senegal, sondern auch in Gambia und Frankreich strafrechtlich sanktioniert.
6. Frauenhandel wurde zum Thema internationaler Kooperation zwischen Staaten.
7. Es gibt mehr Arbeitsplätze denn je für Frauen. Allerdings handelt es sich in der Regel um prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. Die Feminisierung der Migration ist eine Realität.
8. Mehr Frauen sind in Führungspositionen in der Wirtschaft, aber überwiegend im Mittelmanagement. Die wichtigsten börsennotierten Unternehmen haben in ihren Organen nicht einmal einen Frauenanteil von 5%.
9. Die Bedeutung der Rolle der Frauen für Konfliktverhütung und -überwindung, in Flüchtlingslagern, bei der Bewahrung und Schaffung von Frieden wird zunehmend anerkannt (UN-Resolution 1325).
10. Mehr Frauennetzwerke denn je gibt es, das Internet fördert Frauenaktionen, auch internationale Frauensolidarität.

Außer in Frauenverbänden organisieren sich Frauen seit den UN-Weltfrauenkonferenzen von 1975 bis 1995 und auch im Rahmen der Millenniumsziele in Frauennetzwerken, um Zugang zu Informationen und Entscheidungen zu erhalten, aber auch um Macht und Einfluss zu organisieren. Damit sollen die strukturellen Barrieren in der Männergesellschaft aufgebrochen werden. Die Hindernisse, die einer umfassenden Partizipation von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen entgegenstehen, sind regional unterschiedlich, überall aber gegenwärtig. Die Nichtbeteiligung und Nichtberücksichtigung von Frauen führt zu sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen in allen Altersphasen und in allen Regionen und Erdteilen – zum Nachteil der Frauen. Deshalb sind die Forderungen der Aktionsplattform von Peking beim Aufbau einer globalen Zivilgesellschaft auch im Rahmen der Millenniumsziele umzusetzen, deren Bestandteil die Aktionsplattform von Peking zusätzlich geworden ist. Es geht um Gleichstellung der Frauen auf allen

Entscheidungsebenen, um den gleichberechtigten Zugang zu Wissen, Gesundheit, Arbeit und Macht. Die Geschlechterparität sollte in Form eines neuen Geschlechtervertrages zwischen Staat und Gesellschaft auf nationaler, regionaler und internationaler aber auch auf privater Ebene ausgedrückt werden. Durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aller Politiken und Programme auf Frauen und Mädchen kann der Diskriminierung entgegen gewirkt werden und eine faktische Gleichstellung erzielt werden.

### **Weit entfernt von einer Geschlechterdemokratie**

Die mit der Aktionsplattform von Peking 1995 und den Millenniumszielen propagierte Geschlechtergerechtigkeit ist nicht denkbar ohne Geschlechterdemokratie und die gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Partizipation von Frauen bei Macht und Einflussnahme. Das 20. Jahrhundert hat die politische Mündigkeit der Frau gebracht, nicht aber mit der männlichen Dominanz im Herrschaftsgefüge gebrochen. Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen ist selbst in Kuwait durchgesetzt. An den Hebeln der Macht wirken allen Verfassungen, internationalen Konventionen, UN- Weltkonferenzen, der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 und dem UN-Millenniums-Gipfel 2000 sowie dem Welterdgipfel von Johannesburg 2002 zum Trotz Männer. Daran können weder die Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin noch die Wahl der ersten afrikanischen Staatspräsidentin (Liberia) noch die Wahl der ersten lateinamerikanischen Staatspräsidentin (Chile) etwas ändern.

Dem politischen Aufbruch der Frauen seit den 70er Jahren sind Verbesserungen in der politischen Repräsentanz weltweit auf allen Kontinenten gelungen. So kennen fast alle Parlamente inzwischen weibliche Abgeordnete und die meisten Regierungen können das „Gruppenbild mit Dame“ vorweisen. Die Macht haben die Frauen jedoch genauso wenig wie den gleichberechtigten Zugang zu Ämtern und Mandaten. Die Geschlechterdemokratie ist ein fernes Ziel.

Wenig nur unterscheiden sich die Entwicklungsländer von den Industriestaaten. Nach Untersuchungen der Interparlamentarischen Union (Stand: 31.01.2006) gibt es 44.204 Abgeordnete in dem Deutschen Bundestag vergleichbaren Parlamenten. Bei 43.387 von ihnen ist ihre Geschlechtszugehörigkeit bekannt. Der Frauenanteil beträgt 16,3%. Dabei sind die skandinavischen Staaten mit 40% der Abgeordneten Spitzenreiter, gefolgt von Nordamerika mit 20,1%, Europa mit 19,6%, Afrika Südlich der Sahara mit 16,4%, Asien mit 16,1% und dem Pazifik mit 12,1 %. Mit einem Frauenanteil von 7% bilden die

arabischen Staaten frauenpolitisch das Schlusslicht. Spitzenreiter ist Ruanda mit 48,8% Frauenanteil vor den skandinavischen Staaten mit 39,7% Frauenanteil.

Noch negativer ist die frauenpolitische Bilanz für die Regierungen. In weltweit 20 Regierungen sind Frauen überhaupt nicht vertreten. Der Frauenanteil auf Ministerebene wird auf 8% geschätzt. 25% beträgt kontinuierlich der Frauenanteil auf den Seychellen, 0% in den Golf-Staaten. In keiner Regierung mit Ausnahme der schwedischen Regierung sind Frauen proportional zu ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten und .nur in Schweden gibt es mehr Frauen als Männer in einem Kabinett. Allerdings haben einige Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika eine Frauenmacht- Tradition aufgebaut. Kein Machismo stand der Ernennung im Wege. Keine der Weltreligionen oder Weltkulturen verhinderte Frauen als Herrscherinnen, wenn sie in das politische und die herrschenden Familien System passten. Inzwischen gibt es allerdings zunehmend mehr Frauen, die als Ministerinnen und Regierungschefinnen politisch erfolgreich sind, z.B. in Vietnam, in indischen Bundesstaaten, in Mosambik, Neuseeland, Jamaika, Liberia, Chile und Deutschland.

### **Lehren aus der Ohnmacht der Frauen**

Erfolge konnten Frauen dort erzielen, wo sie Wahlsysteme zu ihren Gunsten beeinflussen konnten. Die Kombination von Verhältniswahlrecht und Quotenregelungen hat sich überall als überaus erfolgreich erwiesen. Freiwillige Selbstverpflichtungen politischer Parteien waren hilfreich, brachten aber keinen frauenpolitischen Durchbruch. Noch nicht einmal ein Drittel der UN-Staaten konnte sich auf verbindliche Vorgaben für Ämter und Mandate einigen. Von daher bedarf es verbindlicher Regeln wie sie die Aktionsplattform von Peking festschrieb. Eine 30prozentige Quotierung ist weit von der Geschlechterparität entfernt. Mindestquoten von 40% eines jeglichen Geschlechts bleiben erforderlich. Allerdings lösen die Quoten die entscheidende Frage nicht, wer aufzustellen oder zu wählen ist, wenn es um die einzige Machtposition in einem Staat, in einer Region, in einem Dorf oder in einer regionalen oder internationalen Organisation geht. Auch in den internationalen Organisationen sind Quotierungen oder Gender-Mainstreaming-Ansätze erst embryonal ausgeprägt.

Daneben sind selbstverständlich weiterhin alle Maßnahmen erforderlich, die zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und öffentlichem Leben beitragen. Ohne einen zureichenden und angemessenen Versorgungsgrad an Kinderbetreuung ist eine

paritätische Teilhabe der Frauen an Ämtern und Mandaten nicht zu erreichen. Die unzureichenden außerfamiliären Kinderbetreuungsangebote sind weltweit ein Übel. Diese Dienste der Daseinsvorsorge sind ein Schlüssel zur Gleichstellung, aber auch zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung.

Die Entscheidung für Frauen an der Macht ist keine Entscheidung gegen Männer, sondern ein Plädoyer für eine geteilte Macht, damit die andere Stimme, die andere Sichtweise in Entscheidungen eingebracht werden können, die das Leben auf dem Planeten Erde überlebenswert gestalten helfen wie auf dem Millenniumsgipfel beschlossen. Frauen werden von daher nur gewinnen können, wenn sie sich noch besser als bisher organisieren und vernetzen.

Das Herrenhaus der Macht ist ein globaler Trend im 21. Jahrhundert, der nur über globale Strategien gebrochen werden kann, die überall gleichzeitig umgesetzt werden müssen. Von daher ist die Einschätzung von Frauen- Netzwerken richtig, dass eigentlich, das einzige, was globalisiert werden müsste, der Protest ist. Es fehlt weder an Zielen noch Aufgaben, weder an rechtlichen Voraussetzungen noch an fähigen Frauen. Es fehlt an der Durchsetzung von Frauenmacht in der globalisierten Welt. Von daher ist die deutsche Präsidentschaft (EU und G7) 2007 gefordert, den Genderaspekten europäisch und international bei der Umsetzung der Millenniumsziele zum Durchbruch zu verhelfen.

## **Buchhinweis**

**Randzio-Plath, Christa, „Frauen und Globalisierung zur Geschlechtergerechtigkeit in der Dritten Welt“, Bonn: Dietz-Verlag, 2004.**

## **Wer wir sind**

Der Marie-Schlei-Verein e. V. wurde 1984 in Erinnerung an die frühere Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei gegründet. Die satzungsmäßigen Ziele des gemeinnützigen Vereins sind "die Förderung der Zusammenarbeit mit armen Frauen, Gruppen von Frauen und Frauenorganisationen in Stadt und Land, die Förderung der Bildung und Ausbildung von Frauen, die Aufklärung über die Hintergründe von Not und Ungerechtigkeit, die Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, die Verbreitung von Informationen, die das Verständnis für die Situation der Frauen herstellen und

vertiefen, um so die Mitverantwortung und Hilfsbereitschaft für die Frauen und damit für die Menschen in den Entwicklungsländern zu verstärken."

### **Was wir tun**

Der Marie-Schlei-Verein fördert Selbsthilfeprojekte von Frauen für Frauen. Die Projekte sind so unterschiedlich wie ihre Standorte. Aber allen ist gemeinsam, dass sie von einheimischen Frauengruppen und Frauenorganisationen entwickelt und durchgeführt werden. Für erfolgreiche Projekte müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Unterrichtszeiten und Unterrichtsinhalte müssen dem Frauenalltag angepasst sein. Die Projekte müssen erfolgs- und praxisorientiert sein, um den Frauen die zusätzliche Arbeitsbelastung erträglich zu machen. Projektarbeit ist Zusatzarbeit: Kochen, Kinderbetreuung, Haushalt, Wasser- und Brennstoffholen nimmt ihnen niemand ab. Trotzdem wollen und brauchen Frauen diese Projekte. Sie sind oftmals ihre einzige Chance auf Bildung und Ausbildung und so auf ein eigenes Einkommen. Unsere Partnerinnen entscheiden selbst über 'ihr' Projekt. Sie verwalten die benötigten Mittel selbst. Sie erfahren schwesterliche Solidarität. So kommt eine partnerschaftliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit zustande. Der Marie-Schlei-Verein will Chancengleichheit und Gerechtigkeit.

Rund 500 Selbsthilfeprojekte von Frauen für Frauen hat der Marie-Schlei-Verein bisher unterstützt. Diese Ausbildungsprojekte tragen zur Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung bei und zu einer gleichberechtigten Gesellschaft. Denn: **Ohne Frauen geht es nicht.**

Weitere Informationen finden Sie unter [www.marie-schlei-verein.de](http://www.marie-schlei-verein.de). oder Marie-Schlei-Verein e.V., Hadermanns Weg 23, 22459 Hamburg